№ 47
Stg. 4
Sonntags-Ausgabe
Berlin
Sonntag, 28. Januar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

80 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischen Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Januar 1500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streikband 3500 Mark im Inland Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 280 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 80 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn d Handelsl.): Jul Elbau. Berlin Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3668. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Abwehrpolitik.

Von
Georg Bernhard.

Die Reichstagsrede Dr. Helfferichs am Freitag und die energische Haltung der bayerischen Regierung gegenüber den nationalsozialistischen Umsturzplänen sind Symptome für die Stimmung des deutschen Volkes. Der Druck, den Frankreich von der Ruhr her übt, hat die gesinnungsmäßig auseinanderstrebenden Volksteile zusammengeschweißt. Der Hader um Republik oder Monarchie ist vorläufig zum Schweigen gekommen. Und nur die völkischen Extrazügler, die anscheinend noch nichts vom Ernst der Lage des Vaterlandes erfahren haben, reisten am Sonnabend noch nach München, um dort gegen die „Novemberverbrecher" glorreiche Straßenschlachten zu liefern. In der Abwehr gegen den französischen Rechtsbruch ist also das deutsche Volk unter sich und mit seiner Regierung einig. Ueber die Mittel der Abwehr freilich gehen die Ansichten nicht unerheblich auseinander. Es mag Stellen geben, die die Auseinandersetzungen darüber bedauern, die während der letzten Tage in der Presse eingesetzt haben. Aber man sollte hier aus den Erfahrungen des Krieges lernen. Nichts ist verderblicher als die künstliche Herstellung einer Einheitsfront, die nicht mehr bloß eine Einheitsfront der Abwehrgesinnung bedeutet, sondern die die Presse zum Grammophon für das Abspielen amtlicher Meinungsplatten herabdrückt. Die Vertreter der öffentlichen Meinung haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dem Volke zu sagen, welche Abwehrmethoden ihnen richtig und welche ihnen falsch und vom Ziele abführend scheinen.

*

Von diesem Rechte haben die deutschnationalen Zeitungen im Anschluß an die letzte Kundgebung der deutschen Regierung weitgehenden Gebrauch gemacht. Sie mißbilligten es zum großen Teil, daß die Regierung ihre grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft gegenüber den Alliierten neuerdings betont hat. In einigen dieser Zeitungen las man, daß jetzt nicht die Zeit zum Verhandeln, sondern zum Handeln sei. Ein mutiges Wort. Aber in dieser Zeit tut Offenheit doppelt not.

Und deshalb muß man hier einmal die offene Frage stellen: Was verstehen die Urheber dieses Wortes unter Handeln? Das Ziel ist allen Deutschen gemeinsam: die Franzosen müssen aus dem Ruhrgebiet wieder hinaus. Aber welches Handeln führt zu diesem Ziele? In seiner letzten Reichstagsrede hat der Finanzminister Hermes mit Recht gesagt: „Aber auch in dieser unerhört schweren Stunde darf uns nicht die Leidenschaft führerin sein, so verständlich sie auch sein möchte. Nichts wäre verhängnisvoller für uns als ein Mangel an Augenmaß für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Lage." Solch ein Mangel an Augenmaß würde sich darin bekunden, daß man das erstrebte Ziel mit Gewalt erreichen zu können glaubt. Niemand zweifelt daran, daß, wenn sich heute in Deutschland eine Regierung fände, die das deutsche Volk zu den Waffen riefe, der Strom der Begeisterung Millionen Männer aller Lebensalter zu den Verbeßlätzen führen würde. Aber so leichtfertig wird keine deutsche Regierung sein. Man mag in Einzelheiten über die Gründe streiten können, aus denen Deutschland den Weltkrieg verloren hat; aber einer der wichtigsten Faktoren der Niederlage war die technische Unmöglichkeit, der Zahl seiner Gegner Herr zu werden. Und damals verfügte Deutschland über ein gut gerüstetes Heer. Damals verfügte es über eine mit den letzten Mitteln der Waffentechnik ausgestattete Industrie. Wie will jetzt das entmutigte, von höchster Finanznot heimgesuchte deutsche Volk einen Krieg gegen die intakte Kampfmaschinerie seiner Gegner führen? Die schrecklichen Kämpfe bei Ypern und Dixmuiden, in denen die Blüte der deutschen Jugend singend in den Kampf zog, um reihenweise von den feindlichen Geschossen niedergemäht zu werden, waren in dem großen Weltkriege nur Episoden. Diese Episoden waren symbolisch für den ganzen Verlauf eines so ungleichen Krieges. „Ein Schlachten wär's, nicht eine Schlacht zu nennen." Darin gerade liegt ja die Infamie Frankreichs und Belgiens, daß sie (mit der Duldung der anderen Ententemächte) mit Tanks und schweren Geschützen bewaffnet in ein Land einbrechen, dessen Wehrlosigkeit sie kennen und dessen von ihnen erregte Leidenschaften sie verhöhnen, weil sie dies Land ohnmächtig wissen.

*

Deshalb muß die Stimme der Leidenschaft schweigen. Was aber bleibt dann von Handeln übrig? Zunächst das, was an der Ruhr geschieht: der moralische Widerstand bis zum Letzten; die Kundgebung des unbeugsamen Willens, der Vergewaltigung keine Handlangerdienste zu bieten. Dieser Widerstand hat bereits Erfolge gehabt. In Paris sieht man ein, daß das Ruhr-Experiment nicht so einfach ist, wie man es sich vorgestellt hat, daß es nicht ohne weiteres mit Gewalt geht, Geld aus dem Industriegebiet zu erpressen. Und vielleicht wird doch einer großen Zahl französischer Politiker heute bereits klar, daß die wirtschaftliche Bilanz der Expedition für Frankreich mit einem Passivsaldo schließen wird, den seine Finanzen auf die Dauer nicht zu tragen imstande sind. Dieser Erfolg, den wir den mutigen Männern an der Ruhr verdanken, ist für Deutschland gewiß ein wertvolles Aktivum. Aber diese Widerstandspolitik an der Ruhr führt allein niemals zu dem Ziele, die Franzosen aus dem besetzten Gebiet wieder hinauszubringen. Es hieße, das deutsche Volk auf das schwerste täuschen, wenn man in ihm solche Illusionen erwecken wollte. Der Erfolg des Widerstandes im Ruhrgebiet kann eine Etappe auf dem Wege zu dem großen Ziele nur dann werden, wenn er von einer zielbewußten Politik als Mittel benutzt wird, den psychologischen Moment für Verhandlungen auf einer ehrenvollen Grundlage herbeizuführen.

*

Die Herbeiführung eines solchen psychologischen Momentes wird denjenigen vielleicht unmöglich erscheinen, die der Auffassung sind, daß die Franzosen mit der Okkupation des Ruhrgebietes lediglich einen lange gehegten politischen Machtplan ausführen. Wer so denkt, muß dann aber auch die Konsequenzen ziehen. Er muß mit der gegebenen Tatsache rechnen, daß in der Reparationskommission der Vertreter Englands nicht gegen die Festlegung der vorläufigen Nichterfüllung des Versailler Vertrages durch Deutschland gestimmt hat. Sir John Bradbury enthielt sich, wie bisher nicht bestritten worden ist, lediglich der Abstimmung. England hat damit nicht etwa nur eine wohlwollende Neutralität gegenüber Frankreich bewiesen, sondern deutlich gezeigt, daß es trotz all seiner Bedenken gegen die militärische und einseitig von Frankreich bewirkte Okkupation des deutschen westlichen Industriegebietes Frankreich nicht hindern will, ihre ganze Pfandpolitik auf eine breitere Basis zu stellen, als es sie bisher durch die willkürlich herbeigeholten Verfehlungen zwischen dem Ruhrgebiet und dem unbesetzten Deutschland eine Absperrungslinie hergestellt wird, die hauptsächlich zur Verhütung von Kohlenausfuhr ohne Autorisation der Entente bestimmt sein dürfte, aber bis zu einem gewissen Grade auch als Zollinie gedacht wird. Ob außer den Kohlen auch andere Ausfuhr- und Einfuhrartikel mit Zoll belegt werden, ist noch nicht bekannt.

Frankreich gegen eine Völkerbundaktion.

Amtliche Austrittsdrohung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 27. Januar.

Am Quai d'Orsay wird erklärt, daß Frankreich eine Erörterung der Reparationsfrage durch den Völkerbundrat unter den gegenwärtigen Umständen keinesfalls zulassen kann. Man gibt zu verstehen, daß die französische Regierung durchaus nicht grundsätzlich gegen eine Reparationsdebatte im Völkerbunde ist, aber diese Debatte augenblicklich für unannehmbar halte. Sollte der Völkerbundrat gegen Frankreich stimmen. und auf einer derartigen Debatte bestehen, so würde Frankreich sich sofort zurückziehen.

Der „Temps" berührt diese Frage im Leitartikel. Er erinnert daran, daß der französische Delegierte Senator de Jouvenel auf der Genfer Völkerbundversammlung im Dezember vorigen Jahres selbst eine Entschließung beantragt hat, in der der Wunsch geäußert wird, daß der Völkerbund sich für alle Bemühungen zur raschen Lösung der Reparationsfrage außerordentlich interessiert. Eine Beschäftigung des Völkerbundes mit dieser Frage wäre aber nur unter folgenden Bedingungen möglich: Deutschland müsse durch Taten beweisen, daß es sich auf den Boden der Verträge stellt. Die vom Völkerbund erstrebte Lösung müsse nach der Entschließung vom Dezember gleichzeitig die Reparationsfragen und das Problem der interalliierten Schulden umfassen. Der Völkerbund müsse nach der Entschließung „von den beteiligten Regierungen" ersucht werden, sich mit dieser Frage zu befassen. Als „beteiligte Regierungen" sind nach einem Beschluß des Völkerbundrates vom vergangenen Oktober nur die Regierungen zu betrachten, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben. Der „Temps" kommt zu dem Schluß, daß eine Erörterung der Reparationsfrage während der bevorstehenden Tagung des Völkerbundrates ausgeschlossen ist.

Millerand Urheber der Ruhraktion.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 27. Januar.

Die leitende demokratische Wochenschrift „Le Progrès Civique", deren Mitteilungen über die innerpolitische Lage in Frankreich und über die Beziehungen zwischen Millerand und Poincaré in den letzten Wochen Aufsehen erregt haben, verschärft heute aufs neue, **der Präsident der Republik sei die treibende Kraft bei der Ruhrbesetzung gewesen**, Millerand habe einer ganzen Reihe von Besuchern erklärt, „es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Deutschen gleich nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet zu einer Verständigung mit Frankreich über die Reparationsfrage bereit sein würden". Der Präsident habe weiter geäußert, nach solcher Verständigung werde bald eine deutsch-französische Versöhnung „auf dem Rücken Englands" möglich sein. Das Blatt erinnert daran, daß Millerand schon vor dem Kriege Anhänger des Gedankens einer deutsch-französischen Verständigung war.

Nach seiner Versicherung soll die Haltung Deutschlands seit der Ruhrbesetzung Millerand auf das höchste überrascht haben. Poincaré habe dagegen noch dem Blatte die Schwierigkeiten vorausgesehen und deshalb bis zuletzt gezögert, die Aktion ins Ruhrgebiet anzuordnen.

General Weygand ist heute früh in Paris wieder eingetroffen und hat vormittags dem Ministerausschuß in Gegenwart von Marschall Foch Bericht erstattet. Aus amtlicher französischer Stelle wurde heute abend erklärt, General Weygand beurteile die Lage im Ruhrgebiet sehr „optimistisch". Die in Aussicht genommenen Maßnahmen werden noch geheim gehalten. Es scheint sicher, daß

Bonar Laws Nöte.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

c **London**, 27. Januar.

Je mehr das englische Kabinett mit Anfragen bestürmt wird, ob es in der Frage der französischen Ruhrbesetzung intervenieren wird oder nicht, um so mehr zeigt sich Bonar Law unschlüssig. Tatsache ist, daß die Regierung selbst nicht weiß, was sie tun soll. Falls sie Frankreich fallen ließe, würde ein Teil der öffentlichen Meinung über sie herfallen, falls sie das Gegenteil täte, würde ein noch viel größerer Teil der öffentlichen Meinung an ihrem Verhalten eine lärmende Kritik üben. Sie sieht deshalb vorläufig vor, überhaupt nichts zu tun. Einige Blätter vertreten heute den Standpunkt, daß nicht nur Frankreich durch seine Aktion im Ruhrgebiet von Deutschland nichts erhalten werde, sondern daß man nicht einmal mehr sicher sei, daß die Kosten der englischen Besetzungsarmee von Deutschland bezahlt werden könnten.

In der bevorstehenden Budgetdebatte im Unterhause wird Bonar Law wohl oder übel sich gezwungen sehen, zahlreiche Hoffnungen im englischen Volke zu zerstören, das geglaubt hatte, daß eine Herabminderung in der Steuerlast eintreten werde. Man hat hier keinerlei Hoffnungen mehr, von Amerika bessere Bedingungen in der Frage der Regelung der englischen Schuld zu erhalten. Das Problem stellt sich also so: Wird das Kabinett Bonar Law die amerikanischen Vorschläge annehmen oder nicht? Man ist andererseits überzeugt, daß, was auch die Amerikaner weiter bieten würden, dies noch bedeutend schlimmer wäre. Jedenfalls hat der Schatzkanzler Baldwin sofort nach seiner Rückkehr aus Amerika erklärt: „Ich kehre nicht mehr nach Amerika zu einem neuen Versuch der Regelung der Schuldenfrage zurück."

Die Republikaner bei Poincaré.

Eine nichtssagende Beschwichtigung.

Paris, 27. Januar. (E. E.)

Die fünf Abgeordneten der Linksparteien der französischen Kammer, die, wie bereits gemeldet wurde, heute vormittag bei Poincaré vorsprachen, um gegen das Anwachsen der royalistischen Bewegung Verwahrung einzulegen, erklärten, eine vaterländische Aufgabe zu erfüllen, indem sie auf die Gefahr hinwiesen, die die Kundgebungen der Royalisten für den Bestand der Republik bedeuten müßten. **Das Land dürfe vor den unaufhörlichen Drohungen und Aufwiegelungen zu Anschlägen, die von dieser Seite ausgingen, die Augen nicht verschließen.**

Poincaré versicherte der Abordnung, daß alle Maßnahmen ergriffen worden seien, um für die Folge royalistische Ausschreitungen jeder Art zu verhindern. Uebrigens dürfe man auch nicht in den gegenteiligen Fehler verfallen und die Bedeutung der royalistischen Agitation überschätzen. Die Haltung der Pariser Bevölkerung sei „über jeden Tadel erhaben". Dagegen habe die Regierung in ihrer Haltung gegenüber den Zwischenfällen der letzten Tage eine falsche Beurteilung erfahren.

Unter vielfacher Beteiligung aller royalistischen Kreise wurde der ermordete Sekretär der Camelots du roi Marius Plateau bestattet. Ein starkes Polizeiaufgebot sorgte für Aufrechterhaltung der Ordnung.